

Jour fixe vom 23.09.2024 - Fortsetzung: Israels Gaza-Krieg – Herausforderung an die Mächte und die Moralisten der imperialistischen Welt (GS 2-24), Punkt 4.

In unserer Debatte über die Herausforderung, die dieser Krieg für die Mächte dieser Welt auch auf der Ebene der Moral darstellt, ist noch der Fehler der üblichen moralischen
5 Parteinahme in der Öffentlichkeit im laufenden Krieg offengeblieben. Insbesondere in Deutschland wird eine Kritik an Israel umstandslos mit Antisemitismus gleichgesetzt und damit als Befürwortung eines Genozids denunziert. Mit dieser Gleichsetzung wird ein
offizielles Gebot der Parteinahme für Israel ausgesprochen. Dazu gibt es natürlich auch die
Gegenposition und das hat zu einer heftigen Debatte in Deutschland geführt.

10 — *Der Artikel behauptet im 4. Punkt, es gäbe nur diese zwei Formate entweder pro Palästina oder pro Israel. Das ist aber eine unlautere Verallgemeinerung. Bereits in der
Einleitung wird die Vorgabe gemacht, unter der die Proteste abgehandelt werden sollen: Es
gibt einen Zwang zur Parteinahme und der Streit wird klassifiziert als Streit unter
15 Moralisten. Aber das wird nicht anhand von Zitaten der Streitenden belegt, an denen
aufzuzeigen wäre, dass eine Parteinahme erfolgt ist und hier Moralisten diskutieren.
Stattdessen wird allen Beteiligten – egal, welcher Couleur – ungeprüft bescheinigt, dass es
ihnen um Staatsmoral im höheren Sinn geht.*

— *Nein, der Artikel thematisiert in diesem Punkt, was zu den Positionen politisch zu
sagen ist. Ausgangspunkt ist das, was alle Diskutanten trotz gegeneinander feindlich in
20 Anschlag gebrachter Positionen – die man ja alle vom Fernsehen, aus den Zeitungen und
ihren Einlassungen auf den Demos etc. kennt – eint: Sie ergreifen Partei für eine Seite. Um
diesen Moralismus geht es. Die Beurteilung des Konflikts wird immer der Verurteilung einer
der beiden Kriegsgegner geopfert. Von der einen Seite wird vorgebracht, die Juden
brauchen als Jahrtausende lang Verfolgte einen starken Staat als ihre Heimstatt. Die andere
25 Seite führt ins Feld, dass Israel den Palästinensern widerrechtlich ihr unbestreitbares Recht
auf einen eigenen Staat vorenthält. Das ist ein Streit um höhere Staatsmoral und jede Seite
verteidigt ihr gutes Recht.*

— *Aber damit werden die charakterisierten Staatsideologien der jeweiligen Lager mit
der in der demokratischen Öffentlichkeit stattfindenden Debatte um die durchaus eintönige
30 Schuldfrage unzulässig gleichgesetzt. Es ist auch zu unterscheiden, wie die jeweiligen
staatlichen Lager ihren Krieg ideologisch begründen und was die Kriegsgründe tatsächlich
sind. Und das ist davon zu unterscheiden wie die unter „Moralisten“ zusammengefassten
Kritiker sich dazu stellen und wie sie zu kritisieren sind.*

Ausgangspunkt ist: Dieser Krieg ist zum Gegenstand eines heftigen Meinungsstreits in der
35 Öffentlichkeit im ganzen Westen, insbesondere in den USA und Deutschland, geworden. In
Deutschland, wo die Sicherheit Israels zur Staatsräson erklärt wurde, hat zunächst eine
Gleichschaltung der Öffentlichkeit stattgefunden. Auch das zeigt bereits, hier ist eine
Parteinahme gefordert. Dazu hat sich, mit den steigenden Opferzahlen in Gaza zunehmend,
ein gegensätzlicher parteilicher Standpunkt gebildet. So wird der Gazakrieg jetzt debattiert,
40 was ja nicht in jeder politischen Debatte so ist. Im Artikel wird der Fehler der Parteilichkeit
dieser Täter/Opfer Debatten kritisiert.

— *Es muss doch aufgezeigt werden, dass und wie dabei die jeweiligen Staatsideologien
in der öffentlichen Meinung reproduziert werden und es können nicht einfach die
Staatsideologien mit den Meinungen der Öffentlichkeit gleichgesetzt werden.*

45 Aber die streitenden Parteien argumentieren mit denselben moralischen Argumenten für ihre
Parteilichkeit, die auch die Staaten vorbringen. Damit nehmen sie Partei für die Rason der
Kriegsparteien. Das ist genau der Fehler, der hier charakterisiert wird.

— *Bei der Parole „from the river to the sea“ kann man z.B. gar nicht auseinanderhalten,
ob die eine der Hamas oder eine der Demonstranten in Berlin ist. Damit plädieren sowohl
50 die Kriegsakteure als auch die parteilichen Protestierer auf beiden Seiten für das gute Recht
auf einen Staat. Für dieses Recht einzutreten, ist ihre Gemeinsamkeit.*

— Wenn Protestierende sich gedanklich zu diesem Kriegsgeschehen auf eine Seite stellen, beschäftigen sie sich nicht mit der Frage, warum da kriegerisch gegeneinander angetreten wird. Vielmehr beginnt die Empörung zunächst mit den Opfern, deren Bilder
55 aber nur als Beleg dafür angeführt werden, welche der beiden Seiten im Recht bzw. Unrecht ist. An die Stelle der Frage nach dem wirklichen Inhalt der jeweiligen Staatsräson der beiden Kontrahenten in diesem Krieg tritt die Entscheidung, anhand der Opfer Partei zu ergreifen für diejenige der beiden Seiten, für die man sich schon vorher entschieden hatte. Das hat mit einer Erklärung der Auseinandersetzung überhaupt nichts zu tun Die
60 Scheußlichkeiten des Kriegs sollen belegen, dass man unbedingt für eine Seite sein muss, was ja nicht geht. Also werden lauter falsche Argumente vorgebracht. Das Gemeinsame an beiden moralischen Sichtweisen ist, dass der Standpunkt der wirklichen Staatsagenten gar nicht vorkommt und stattdessen etwas Höheres für jede Seite reklamiert wird: Jede Seite kämpft um einen eigenen Staat, weil das ihr gutes höheres Recht ist, das ist hier mit
65 „Menschenrecht“ gemeint. Und dazu kommen dann die Ausmalungen: die Israelis, weil sie nur dort ihren Staat machen wollen, und die Palästinenser, weil die Israelis ihnen keinen zugestehen – wie man das alles von den Kriegsparteien auch kennt.

— Es ist aber nicht zu verstehen, warum diejenigen, die Partei ergreifen, notwendigerweise für ein „Menschenrecht auf Staat“ Partei ergreifen sollen. Es wurden
70 eben die beiden Besonderheiten betont, mit denen die Parteilichkeiten begründet werden: Die einen hätten gar keinen Staat, den anderen sei er zu klein. Davon ist mit einem „Menschenrecht auf Staat“ abstrahiert. Im nächsten Schritt wird dann die jeweilige Besonderheit wieder betont, weil sie das Recht auf einen eigenen Staat zu einem ganz besonders berechtigten macht. Das kann ich nicht nachvollziehen.

— Wenn von „Menschenrecht auf Staat“ geredet wird, drückt das den Aberwitz dieser
75 Gemeinsamkeit der beiden unversöhnlich miteinander streitenden Parteien aus. Beide argumentieren mit einem Recht der Leute vor Ort – der Juden wie auch der Palästinenser – auf je einen eigenen Staat. Das ist doch keine Abstraktion, die der Artikel macht, sondern deren Abstraktion und kennzeichnet gerade den Irrsinn, dass mit „Menschenrecht auf einen
80 Staat“ jede Seite der anderen genau dieses Recht bestreitet, also den Ausschluss desselben Rechts für die andere Seite fordert. Das ist also ein Kampfprogramm gegen die andere Partei, verweigert der deren Existenz als Staat. Was jede Seite für ihr ausschließliches Recht an spezieller Berechtigung anführt – die Juden wie auch die Palästinenser seien überall verfolgt und heimatlos –, ist der Standpunkt des „Rechts eines jeden Menschen auf
85 einen Staat“. Das enthält Parteilichkeit in der härtesten Form, weil darin der Ausschluss des anderen enthalten ist.

— Und diese allgegenwärtige Sichtweise – es ginge in diesem Krieg um das „Recht der
90 Menschen auf einen Staat“ – ist de facto eine Umkehrung davon, dass es dem Staat bzw. Noch-Nicht-Staat in diesem Krieg doch um das Recht auf diesen Krieg geht: Der israelische Staat sieht seine Sicherheit angegriffen und setzt sich als Souverän über seinen Staat per Gewalt gegen die Hamas durch. Genauso beansprucht die Hamas das Recht, einen palästinensischen Staat gegen Israel militärisch durchzusetzen. Deswegen ist im Artikel vom „Recht des Staates auf Krieg“ die Rede. Diejenigen aber, die sich parteilich zu diesem Kriegsgeschehen stellen, nehmen es als die Frage, ob sich das jeweilige Recht der
95 Menschen auf ihren eigenen Staat als Heimat für sie durchsetzt. Als ob der Krieg ein Dienst an den Menschen wäre, die unbedingt einen Staat brauchen. Was für eine Umkehrung! Die Leute werden in Wirklichkeit zum Material der Kriegsführung der Staatssubjekte gemacht.

Beide Seiten führen Krieg jeweils um ihre Existenz als Staat. Die Grundsatzfrage ihrer jeweiligen Staatsgründung steht gegeneinander, weil sie sich wechselseitig ausschließt.

100 — Man hat das in die Tat umgesetzte Recht des jeweiligen Staatsgebildes bzw. in-Spe-Staatsgebildes auf die Durchsetzung seines Souveränitätsanspruchs vor sich. Und das heißt Krieg. Auf Seite 26 oben steht: „Alle Seiten machen damit klar, dass es hier nicht um das Recht des Staates auf Krieg ..., geht, sondern um das Recht von Menschen in ihrer

105 *völkischen Besonderheit, also um das Menschenrecht auf einen Staat ...“ . Damit wird der Fehler des üblichen Standpunkts gekennzeichnet, der behauptet, dass es in diesem Krieg nicht darum ginge, dass Staaten aufeinander losschlagen, sondern auf beiden Seiten würde durchgefochten, dass ein jeder Mensch einen exklusiven Staat braucht.*

110 *— Das „nicht ... sondern“ ist aber falsch. Wenn Israel sagt, es geht um das Recht der Israelis auf ihre Schutzmacht, ist klar, es geht um den Staat Israel, der sich wehrhaft gegen andere Staaten durchsetzen muss. Man darf doch nicht die auf den Kopf gestellte Logik der öffentlichen Kontrahenten mit der Räson der Kriegsparteien identifizieren.*

115 *— Hier geht es um die falsche Stellung, die die Protagonisten der jeweiligen Seiten in der Auseinandersetzung einnehmen. Sie verdrehen nämlich die wirkliche Sache, wie auch die von den Kriegsherren verkündete staatliche Kampfpräson: Sie erkennen im Krieg nicht das beanspruchte Recht des Staates auf Krieg, sondern das Recht des Menschen auf einen Staat. Da ist das Subjekt ein völlig anderes: Es wird so getan, als ob vorstaatlich die Menschen schon das Recht auf einen Staat als ihre Schutzmacht hätten. Das kümmert die Kriegsherren tatsächlich überhaupt nicht.*

120 *— Es taugt aber doch nicht, jemanden, der für die ewig verfolgten Juden einen wehrhaften Staat fordert, vorzuwerfen, er täusche sich: Es gehe doch nicht um die jüdische Bevölkerung, sondern nur um den Staat. Dies ist auch der Kern meines Einwands, man soll den Parteinehmern nicht vorwerfen, sie würden die „Kampfpräson der Kriegsparteien“ „reproduzieren“, wo sie doch nur für die verlogene, auf den Kopf gestellte Ideologie Partei ergreifen. Dass die Protestierer was „reproduzieren“, halte ich für verkehrt und darum geht der Streit.*

125 *— Außerdem gibt es doch einen Unterschied zwischen dem, was Sache ist in dem Krieg, der Objektivität, und den Legitimationen bzw. den moralischen Auffassungen. Im Artikel und in der Diskussion werden aber immer die moralischen Positionen gleichgesetzt mit dem, worum es in dem Krieg geht.*

130 *— Nein, auf S.26 oben wird Bezug genommen auf die vorher ausgeführten historischen und moralischen Begründungen der Protestierer, warum die Palästinenser einen eigenen und die Juden einen wehrhaften Staat brauchen, und dann heißt es: „So“, in dieser verkehrten Weise, „reproduzieren und propagieren“ die Moralisten beider Seiten die staatliche „Kampfpräson der Kriegsparteien“. Sie meinen, es ginge dabei um was Höheres, etwas fraglos Gutes, ein Menschenrecht.*

135 *— Da verkennen sie aber doch nichts. Der Staat Israel macht doch seinen Anspruch auf seine Existenz geltend.*

140 *— Es geht um die höhere Legitimation für beide Seiten, die enthält einen Fehler, der benannt wird: Es ist etwas ganz Anderes, ob ein Staat sich durchsetzt oder ob es ihm darum ginge, bloß dem gerecht zu werden, worauf sein jüdisches oder palästinensisches Volk ein höheres Recht hätten. Das ist die Verkehrung.*

*

145 *— S. 26/27 erklärt den Fehler an den Leuten direkt: Den Staat als sein Recht in Anspruch zu nehmen, bedeutet im Krieg das Ausgeliefertsein an die höhere Gewalt, deren Material man ist, zu nehmen als das Innerste des eigenen Bedürfnisses. Das ist die fundamentale, härteste Kritik an der Parteinahme für ein Recht auf einen eigenen Staat.*

— Diese Kritik mündet mit Verweis auf „notwendig falsches Bewusstsein“ in einem Determinismus!

150 *— Wenn ein Staat sich in einem Krieg gegen eine andere Gewalt durchsetzt, nimmt er dafür unerbittlich sein Volk als Material für seine Zwecke in Anspruch; das setzt er gegen sein Volk durch. Die so in Anspruch genommenen Leute haben überhaupt keine Alternative im Sinne einer freien Entscheidung, ob sie Partei ergreifen wollen. Wo sie im Krieg als Bewohner ihres Staates vom anderen Staat bombardiert werden, weil es ihrem Staat um die*

155 *Durchsetzung gegen einen anderen Staat geht, kommen sie praktisch nicht umhin, für die Durchsetzung der eigenen Staatsgewalt zu sein. So ist das „notwendig“ gemeint.*

Vom Staat her handelt es sich um die Inbesitznahme seines Volks, um den praktischen Gebrauch seiner Manövriermasse.

160 — *Für die Staatsbürger kommt es praktisch darauf an, dass sich ihr Staat erfolgreich gegen den anderen durchsetzt. Das ist die bittere Wahrheit eines wahrgemachten Menschenrechts auf Staat: wenn sie einen Staat haben, müssen sie für ihn eintreten.*

— *Das „Menschenrecht auf Staat“ ist insofern eine Ideologie, als die Unterwerfung des Volks unter die Staatsgewalt auf den Kopf gestellt ist: Dass die Staatsgewalt sich die Menschen unterwirft, kommt daher als: sie erfülle damit ein Recht, das die Menschen selber haben, wie wenn das in ihrer Menschennatur läge – eine schöne Abstraktion!*

165 Der Artikel spricht in diesem Zusammenhang von einem „fatalen Zirkel“ (S. 27 oben).

170 — *Aber der Artikel nimmt das „Menschenrecht auf Staat“ sehr ernst, das ist falsch, weil vom „Menschenrecht auf Staat“ auf die Sache geschlossen wird, um die es in dem Krieg geht. Kennlich wird das in dem Satz: „Mit dem Menschenrecht auf Staat ausgestattet, kommen sie gar nicht umhin, in dem tödlichen Gegensatz, in den ihre Herrschaft sie verwickelt, sich auf die als ihre Schutzmacht zu beziehen.“ (S. 26 u., 27 o.)*

175 — *Nein, da wird nicht von Recht auf Sache geschlossen. Die Klarstellung hier ist: So schaut „Menschenrecht auf Staat“ aus, wenn es existiert. Da wird deutlich, was das für eine Situation für die Leute ist, wenn sie einerseits eintreten für den Staat, auf der anderen Seite von ihm benutzt werden. Es bleibt ein Fehler, sich auf seine Staatsgewalt zu verlassen, aber es ist die Besonderheit derer, die in der Situation eines Krieges stecken, dass sie sich auf ihre Staatsgewalt verlassen müssen. „Notwendig falsches Bewusstsein“ (Marx) ist doch etwas anderes als Determinismus.*

— *Aber so steht es da!*

180 — *Wenn da steht, das „praktisch notwendige falsche Bewusstsein“ „gehört zu dieser Existenz“ dazu (S.27 o.), verweist das auf das vorher erläuterte Dasein der Bürger im Krieg, wo sie zu „Repräsentanten des Staatswillens, dem sie gehorchen müssen“, werden. Sie werden nicht gefragt. Wenn ihr Herrscher Krieg erklärt, werden sie an die Front befohlen oder sonst wie zu Opfern oder Tätern. Ihr ganzes menschliches Dasein hängt vom Kampfgeschehen und dem Machtkampf ihrer Herrschaft ab. Sie müssen sich auf ihre Herrschaft als ihre Schutzmacht beziehen! Das erklärt die Notwendigkeit, weshalb im Krieg*
185 *so massenhaft Partei für die eigene Hoheit genommen wird, und nicht alle nur davonlaufen.*

*

190 — *Aber es gehen doch auch in Israel Israelis auf die Straße und kritisieren ihre Regierung. Es gibt viele, die sich darüber empören, dass die Geiselbefreiung nicht im Vordergrund steht, sondern Netanjahu andere Zwecke verfolgt. Daran sieht man, es gibt nicht diese Notwendigkeit, sich auf den Staat als Schutzmacht zu beziehen, wie einen Automatismus.*

195 — *Das ist ein eigentümlicher Einwand, weil ausgerechnet diejenigen, die auf der Straße die Rettung der Geiseln fordern, sich auf ihren Staat beziehen als den für sie Zuständigen. In ihrer Eigenschaft als jüdische Bürger klagen sie ihr Anrecht auf staatlichen Schutz und die sofortige Befreiung der Geiseln aus dem Gazastreifen ein. Das Beispiel zeigt, wie sehr sie dieses Menschenrecht auf Staat in seiner Totalität verinnerlicht haben.*

200 — *Es gab in Tel Aviv aber auch andere Demonstrationen, die nicht unter dieses Schema fallen, die sich nicht an den israelischen Staat als Adressaten zur Geiselbefreiung wenden. Demonstrationen, die diesen Krieg beenden wollen. Es gibt so eine Opposition. Aber die kommt im Artikel nicht vor!*

Der Artikel erklärt die Fehler der Parteinahmen in diesem Krieg. Warum sollen da auch alle die abgehandelt werden, die möglicherweise gar nicht Partei nehmen?

— Die Schwierigkeit bei diesem Artikel ist seine Verallgemeinerung. Andere, davon
205 abweichende Stimmen, z.B. solche, die die Unverhältnismäßigkeit des Staates in seiner
Gewalt kritisieren oder die Moralisten, die Frieden rufen, kommen nicht vor. Der ganze
Punkt 4 ist zugeschnitten auf: die einen und die anderen und beide stehen für das gleiche
abstrakte Ideal, dass sie einen Staat als ihre Schutzmacht wollen. Aber das ist doch nicht
wirklich wahr in den beiden Staaten!

— Das ist nicht die Aussage des Artikels. Der Abschnitt von S. 26 unten bis Seite 27 oben
behandelt das Verhältnis von notwendig falschem Bewusstsein eines Volkes im Krieg. Dem
Abschnitt kann man nicht vorwerfen, dass er eine andere Sorte geistiger Stellung zum Krieg
nicht bespricht. Außerdem kommt das in den nächsten Absätzen. Wenn man die Erklärung
nachvollzieht, wird die Brutalität dieser Umdrehung klar: Wo die Leute sich denken, es
215 ginge in einem Krieg um sie, ihre Staatsgewalt schützte sie – weil sie in ihrem Dasein auf
diesen Schutz angewiesen sind –, sagt der Artikel, das ist ein notwendig falsches
Bewusstsein. Denn es ist umgedreht: im Krieg verheizt der Staat sein Volk als
Manövriermasse für seine Zwecke.

Sicherlich gibt es auch andere Stimmen, was ist dazu zu sagen? Wenn die Protestierer in
220 Israel z.B. die Befreiung der Geiseln fordern, berufen sie sich gerade auf die Schutzmacht
des Staates. Dieselben Parteien fraktionieren sich aber auch: Die einen sagen, das Militär
müsse die Hamas schlagen zur Befreiung der Geiseln. Die anderen sagen, es müsse dazu
eine Kampfpause geben. Nur gibt es keinen, der sagt, dieser von Israel geführte Krieg müsse
beendet werden, weil er unrecht sei oder so etwas. Was es gibt, das ist die Befürchtung, dass
225 Israel mit der Weiterführung des Krieges nicht gut fährt; dass Israel den Krieg deshalb auch
mal aussetzen müsste, um Schäden für sich zu vermeiden! Aber ganz Israel ist sich einig
darüber, dass der Staat sich erfolgreich gegen seine Feinde, die Terroristen der Hamas und
alle anderen durchsetzen soll. Und eine andere Meinung hört man auch hier von keinem
einzigem Israelfreund.

Auch Leute, die sich keinen moralischen Reim darauf machen, sondern davon reden, worum
es Israel geht, und Israel als Staat kritisieren, gibt es so gut wie nicht. Daher geht es hier um
die moralische Beurteilung, die gleich bei Parteinahme landet, wie man sie überall zur
Kenntnis nehmen kann, die in der Öffentlichkeit verhandelt und vom Staat bearbeitet wird.
Und dagegen ist es kein Einwand, dass es aber auch andere Stellungen dazu geben könnte.
230 Wenn es solche gibt, sollten sie vorgebracht werden, dann kann man darüber reden. Das ist
dann aber ein anderer Gegenstand.

*

— Man kann also an der Stelle festhalten, dass es in dem Artikel nicht um die vielen
einzelnen Positionen geht, nicht darum, Zitate zu kritisieren. Sondern unisono ist die
240 Auskunft über alle, die über den israelischen Krieg gegen Gaza und Libanon reden und den
kritisieren, dass sie eine Meinung haben (S. 28 o.). Darauf läuft der Artikel hinaus: Allen
gehe es im Endeffekt um Meinungsfreiheit. Unter diese Abstraktion erledigt der Artikel
alles, was es an Inhalten über die Sache sinnvoll zu sagen gäbe.

— Der Schluss des Artikels ist nicht die Behauptung, der ganze Protest gegen den Krieg,
245 die Parteinahme für Israel oder die Palästinenser löst sich auf in Meinungsfreiheit. Sondern
es gibt an der Debatte in der Öffentlichkeit einen Übergang von der Sache des Protestes zu:
Man wird das doch noch sagen dürfen!

In den letzten Zeilen des Artikels geht es darum, dass der Staat gegen unliebsamen Protest
sein Gewaltmonopol geltend macht. Wie der Staat mit protestierenden Studenten und sonst
250 wem umspringt – was man ja alles aus der Presse kennt –, ist die von Seiten des Staates
gekennzeichnete demokratische Diskussionskultur. Die demokratische Diskussionskultur
der Öffentlichkeit geht bei derartigen Staatseingriffen zu dem Thema über: Wo beginnt und
endet das Recht auf Demonstration, wo ist die Meinungsfreiheit zu Ende? In dieser
Auseinandersetzung berufen sich die einen auf Meinungsfreiheit und die anderen
255 postulieren das Ende der Meinungsfreiheit. Die Öffentlichkeit löst das Thema in dieses

demokratische Hin und Her auf. Damit soll nicht gesagt sein, dass alle, die irgendwann Protest angemeldet haben, notwendigerweise dabei landen, dass sie nur Meinungsfreiheit haben wollen.

260 — *Aber das ist die Schwierigkeit in dem Artikel. Auf Seite 28 oben heißt es: „Man hat eine Meinung. Angesichts des Grauens darf und soll es dabei aber nicht bleiben. Das frei nachdenkende Subjekt ... verlangt nach praktischer Einflussnahme.“ Man wendet sich „an die eigene Herrschaft“, die etwas dagegen tun soll. Da werden so ableitungsmäßig diese Demonstrationen über einen Kamm geschoren und in eine Ecke gestellt. Dabei gab es doch Demonstrationen gegen die Waffenlieferungen Deutschlands an Israel. Es gab eine Friedensbewegung gegen den Krieg auf beiden Seiten.*

265 — *Mit welchem Argument wenden sich die Demonstranten an Deutschland, damit es aufhört, Waffen an Israel zu liefern? Als deutsche Staatsbürger wenden sie sich an ihre Staatsgewalt, die Israel in die Parade fahren soll – so akzeptieren sie die Anwendung von Gewalt als Mittel der Einflussnahme auf einen anderen Staat. Und täuschen sich über ihren Einfluss auf ihre Herrschaft.*

270 — *Warum muss man die Proteste gleich in ein staatstreues Verhältnis auflösen, als ob sie nur darin bestünden, dass sie sich an ihre Herrschaft wenden? Da wird eine Eskalationslogik konstruiert – es bleibe ihnen nichts anderes übrig, dann sind sie enttäuscht usw. –, die so nicht existiert.*

275 Es geht darum, den Protestierenden klar zu machen, dass ihre moralische Kritik verkehrt ist; um die Aufforderung, sich die Sache anzuschauen, ohne Partei zu ergreifen. Wo sie merken, dass sie nichts erreichen, sagt man ihnen, dass es auch ein Fehler ist, sich an den Staat zu wenden. Stattdessen sollten sie sich klarmachen, dass man den Staat kritisieren muss; dass man mit Demonstrationen nicht erreichen kann, dass sich die Politik ändert oder nach außen für das Anliegen der Demonstranten antritt. Das ist eine Illusion. Stattdessen soll man sich die Sache klarmachen. Das ist auch das Anliegen dieses Artikels. Das Anliegen ist nicht, die Leute fertig zu machen und zu sagen, dass alles nichts taugt. Sondern es gilt, klar zu machen, warum das, woran sie hängen und womit sie sich aufhalten, ein Fehler ist. Und was sie stattdessen tun sollten.

280 — *Der Artikel zeichnet aber kein zutreffendes Bild vom universitären Protest gegen den Gaza-Krieg, sondern ein Zerrbild. Es gibt doch verschiedene Varianten des Protestes an den Unis. Wenn man die Studenten vor den Fehlern warnen möchte, sollte man nicht ableitungsmäßig hinschreiben, wo sie landen mit ihrer Vorstellung. Besser beschäftigt man sich mit ihren Argumenten und kritisiert die.*

290 — *Der Artikel entwirft kein Zerrbild, sondern macht in einzelnen Schritten an dem falschen Bewusstsein über diesen Krieg die jeweiligen Fehler klar. Wenn die Protestierer auf ihrer Demo fordern, der deutsche Staat solle keine Waffen liefern, sagt man ihnen, dass das ein ohnmächtiger Bezug auf ihren Staat ist, auf dessen Gewalt. Der dagegen verfolgt seine eigenen Zwecke, auch in Sachen Gaza-Krieg.*

295 — *Dennoch, die Leute beharren doch nicht nur auf dem Recht auf Meinungsfreiheit, wenn sie den Krieg im Gaza kritisieren. Der Artikel fällt ein verächtliches Urteil über die demokratische Diskussionskultur des Inhalts: ihr seid Staatsmoralisten, wendet euch an den Staat, seid Verfechter der Meinungsfreiheit und wollt überhaupt nichts Inhaltliches gesagt bekommen.*

300 Der Artikel will die Logik moralischer Kritik erklären, welche Übergänge dabei üblicherweise gemacht werden und in was sich das auf der obersten Ebene oft auflöst. Insofern ist es ein sehr theoretischer Artikel und kein Agitationsartikel in dem Sinn, dass er sich mit den einzelnen falschen Auffassungen der Studenten befasst und die kritisiert. Es ist ein falscher Einwand gegen den Artikel, er schere die Protestbewegungen über einen Kamm, gehe auf deren Argumente nicht ein und wolle sie nur schlecht machen. Diejenigen Protestierer, die bei der Meinungsfreiheit gelandet sind, sie hochhalten und verteidigen wollen, sind doch tatsächlich selbstbezüglich. Welchen Einwand gibt es dagegen?

— Auf Seite 28 werden in Art einer Ableitung die „Eskalationsstufen“ des demokratischen Protests vorgeführt, als wären das logische Schlüsse, die dann beim Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit enden. Es mag vorkommen, dass die Protestierenden sich an die Staatsgewalt wenden, dass sie sich da an ihre Staatsbürgerschaft erinnern und meinen, darin ein Mittel zu haben, ihren Protest geltend zu machen. Das ist aber nicht zwingend so.

— Der Artikel will nicht allen Auffassungen gerecht werden, sondern sagt, dass bei dem Protest im Wesentlichen ein staatsbürgerlicher Moralismus zu erkennen ist. Der Meinungsstreit ist nichts anderes als eine ideelle Stellungnahme zum Gaza-Krieg und ändert als solche nichts. Die Protestierer wollen aber einen praktischen Einfluss ausüben und merken, dass sie das nur vermittelt können. Sie selber können nicht die Waffenlieferungen stoppen, sondern wenden sich an ihren Staat.

— Sie können doch auch anders, zum Beispiel sich an ihre Kommilitonen und andere Leute wenden, um die dagegen aufzuwiegen, dass der deutsche Staat mit seinen Waffenlieferungen den Krieg in Israel unterstützt.

Das spielt an auf unsere Demos früher, die nie darauf berechnet waren, den Staat zu beeinflussen. Wir wollten darauf aufmerksam machen und darüber aufklären, welche Sauereien passieren, um die Leute dazu zu bringen, sich darüber Gedanken zu machen. Findet man so etwas vor an den Berliner Unis? Gibt es dort Teach Ins dazu, die den Zweck der Staaten vernünftig kritisieren? Kommen die ohne Parteinarbeit aus?

— Man könnte vielleicht keine große Gegenöffentlichkeit schaffen, aber vernünftige Argumente unter die Leute zu bringen, ist doch ein Zweck bei Protesten. Es gibt Alternativen zum staatsbürgerlichen Moralismus und man sollte besser vor den Fehlern warnen, als sie ableitungsmäßig aufzuschreiben als eine notwendige Folgekette.

— Notwendigkeit ist nie dasselbe wie zwingend, aber es ist schon auffällig und gar nicht zufällig, dass die Leute reihenweise darauf kommen, Forderungen an die eigene Herrschaft zu stellen. Die wissen einerseits um ihre eigene Machtlosigkeit und wenden sich andererseits verantwortungsvoll an die Staatsgewalt mit Forderungen, wie die sich gegenüber den Kriegsparteien zu verhalten habe, als ob die Herrschaft bloß darauf warten würde.

— Das ist das Zerrbild. Wer in der Universität aufklären will über die massiven Waffenlieferungen Deutschlands an Israel und diese heuchlerische Politik von Baerbock, sendet damit nicht unbedingt einen devoten Hilferuf an die Staatsgewalt, sie möge einschreiten. Man muss erst mal nachweisen, dass das ein „müssen“ ist, aus dem einen das andere folgt und so schließlich der Protest zusammenbricht in ein staatsfrommes Meinen, dem damit Genüge getan ist, dass es geäußert werden durfte. Auch die positive Art von Protest, die auf Aufklärung, Agitation und richtige Argumente gegen den Gaza-Krieg geht, sollte vorkommen in einem Artikel über die Öffentlichkeit.

— Welcher Protest leistet denn Aufklärung darüber, aus welchem Grund der deutsche Staat ganz auf der Seite Israels steht und welche Zwecke er damit verfolgt? Es werden die Waffenlieferungen aufgezählt mit der Aufforderung an den deutschen Staat, das bleibenzulassen, weil es Beihilfe zum Völkermord sei.

— Aber man müsste sich doch in diese Debatten an den Universitäten einmischen und an ein paar Zitaten die Fehler der Protestbewegung zeigen. Man müsste sich darauf einlassen, wie der Protest sich vorträgt, anstatt eine Logik der moralischen Parteilichkeit wie eine Eskalationskette aufzuschreiben, bei der sie zum Schluss ganz bei sich selbst landen.

Wie z.B. bei einer Demo von uns agitiert werden könnte, ist ein anderes Thema. Aber was ist dagegen zu einzuwenden, die Logik ihrer Denkweise einmal als solche hinzuschreiben, um den Leuten klarzumachen, wie diese Übergänge gehen und wobei sie landen? Es ist nicht der Zweck, die Bewegung fertig zu machen, sondern deren Fehler zu kritisieren, damit sie lernen und was Vernünftiges machen.

— Der Artikel leistet eine Kritik an deren Standpunkt. Die Demonstrierenden richten ihren Protest an ihre Staatsgewalt, die in Israels Krieg und in die Meinungsmache über den Krieg eingemischt ist, und appellieren an sie, keine Waffen mehr an Israel zu liefern – über die massiven Waffenlieferungen braucht man wirklich niemand aufklären. Sie haben eine Ahnung davon, dass sie als Subjekte in diesem Kriegsgeschehen überhaupt nicht gefragt sind. Wenn sie ihr Anliegen an ihre Staatsgewalt richten, bilden sie sich offenbar ein, eine – wenn auch geringe – Einflussmacht auf ihre Staatsgewalt zu haben. Und da sagt der Artikel, da täuschen sie sich, da gehen sie einem falschen Idealismus nach. Das ist ein anderes Thema als zu sagen, aber da gibt es auch noch Leute mit anderen Parolen.

— Es wäre in Ordnung, vor diesen Fehlern zu warnen. Aber hier steht das als Charakterisierung des öffentlichen Protestes: sie machen diese Fehler. Das ist sehr ungeschickt, diese Moralisten so zu kritisieren.

— Nochmal: Im Artikel auf Seite 28 steht: "Angesicht des Grauens darf und soll es dabei aber nicht bleiben." Angesicht des Krieges, der Zerstörung und Vernichtung von Leib und Leben, sagt der kritische Mensch, dieses Grauen schreit zum Himmel und mein Staat mit seinen Waffenlieferungen macht sich schuldig an diesem Töten. Das ist der Ausgangspunkt, aber bei der Empörung soll es nicht bleiben. Für den verantwortungsvollen Menschen verlangt das eine praktische Einflussnahme, er macht eine Demo, ein Protestcamp usw. Zu welchen Zweck? Er appelliert und fordert, dass die deutsche Staatsgewalt diese Waffenlieferungen beendet. Ihm fällt tatsächlich die deutsche Staatsgewalt ein, die dafür sorgen soll.

— Solche gibt es. Dennoch, jemand, der gegen das Grauen in Gaza usw. protestiert, ist nicht automatisch ein Verantwortungsträger mit deutschem Staatsbürgerbewusstsein, der als solcher Einfluss auf die eigene Regierung nehmen will.

— Wenn der Mensch protestiert, Demos organisiert usw., steckt darin normalerweise die Illusion, damit auf die Staatsgewalt Einfluss nehmen zu können. Der wird nämlich die souveräne Macht, zugleich auch die willfähige Breitschaft zugetraut, gegen kriegführende Gewalthaber ausgerechnet die Stellung durchzusetzen, die der empörte Bürger vorstellig macht. Genau so kennt man doch das bürgerliche Bewusstsein als verantwortungsvoller Demokrat und Mensch angesichts des Grauens des Krieges: „Eigentlich dürfte das nicht sein“. Das wird kritisiert an der Stelle.

— Die Meinung praktisch werden zu lassen besteht darin, an den eigenen Staat die Forderung zu stellen, mit den Waffenlieferungen an Israel Schluss zu machen. Da ist keine notwendige „Kette“ behauptet, sondern das ist ein Bezug auf den Protest: „Schluss mit Waffenlieferungen an Israel“. Diese Stellung impliziert, dass an den eigenen Staat appelliert wird.

— Mit dieser Forderung wendet sich in Deutschland kein einziges Individuum direkt an seinen Staat, dazu braucht es eine Protestbewegung. Anliegen der Protestierenden ist, sich mit dieser Bewegung ein Stück größer zu machen. Sie zielen z.B. auf eine Störung des zivilen Lebens. Das alles kommt im Artikel nicht vor. Stattdessen wird die Schiene eingeschlagen, wie sie sich staatsfromm und voller Illusionen an ihre eigene Staatsmacht wenden und sich ihres Deutschseins vergewissern. Das sind doch Konstruktionen.

— Wenn sie sich an ihre Mitkommilitonen wenden, um massenhaften Protest zu erzeugen, lebt das von der Vorstellung, in der Masse leichter Einfluss auf die Politik zu bekommen. Auch die Störung des zivilen Lebens ist darauf gerichtet. Dabei leisten sie sich den Widerspruch, dass sie selber feststellen, dieser Staat mischt in dem Krieg mit, hat da Interessen und zieht die durch.

— Der Artikel verpasst, dass die Leute sich als eine Protestbewegung aufstellen, die möglichst groß werden will, ein bisschen was in Unordnung bringt und darüber ein kritisches Bewusstsein über die deutsche Kriegsbeteiligung am Gaza-Krieg provoziert. Das ist eine Möglichkeit, diesen Standpunkt als eine Gegenöffentlichkeit bekannt zu machen.

410 *Man muss da nicht gleich an den Staat denken und dass sie staatsfromm abgespeist und zurückgewiesen werden.*

*

Wir kommen immer wieder auf den Punkt zurück, dieser Artikel würde verallgemeinern, hätte etwas nicht abgedeckt und es gäbe auch bessere Argumente von den Protestierenden, als die hier kritisierten. Wenn das nächste Mal noch mal Thema sein soll, müsste jemand diese Argumente vortragen, dann befassen wir uns damit.

Die Themen für den **nächsten Jour Fixe am 07. Oktober 2024** sind:

- a) Nachträge zur Debatte über GegenStandpunkt 2-24, "Israels Gaza-Krieg", Punkt 4.
- b) GegenStandpunkt 3-24, "Korrespondenz zum Gaza-Krieg", auch veröffentlicht auf der Website des Verlags unter <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/korrespondenz-zum-gaza-krieg>